

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/78

Hannover, 26. September 1947

Dreck, Angst und Tod

=====

RE.- Zwei Jahre, nachdem die Sirnen aufgehört haben, mit ihren entnervendem Geheul die Menschen in die Bunker zu jagen, und nachdem das irrsinnige Rauschen heranbrausender Bomben, die das Blut in den Adern gerinnen liessen, nicht mehr zu vernehmen ist, zwei Jahre nach diesen unbeschreiblichen Szenen masslosen Grauens, wird das Wort Krieg von einigen Staatsmännern bereits wieder mit einer geradezu nonchalanten Gelassenheit ausgesprochen. Man könnte meinen, sie redeten von einer Art Konferenz, einer allerdings unangenehmen und anstrengenden Konferenz, die aber stattfinden und der man beiwohnen müsse.

Es wird in der letzten Zeit sehr viel von Krieg geredet und in der internationalen Politik sieht es düster genug aus. Wyschinski sprach von der Hetze der USA zu einem neuen Krieg, Kisselev, sein ukrainischer Kollege, genierte sich nicht zu erklären: "Vergessen wir nicht, dass die Atombombe der einen Seite mit Atombomben von der anderen Seite oder noch Schlimmerem beantwortet werden könnte", Warren Austin nannte Wyschinskis Ausführungen "bewusste Verfälschungen", Bidault bezeichnete die Lage als ernst und Charles A. Eaton (Vorsitzender des Aussenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses) meinte sogar, eine Kraftprobe zwischen der USA und Sowjetruessland sei unvermeidlich. Dem fügte der Engländer Mac Neil hinzu, die Novembertagung in London sei die letzte Friedenshoffnung.

Solchen erschreckenden Auserungen stehen optimistischere gegenüber. Henry L. Stimson, früherer USA Kriegsminister, glaubt nicht, dass man einem unvermeidlichen Konflikt entgegentreibe und John Foster Dulles ist der Überzeugung, in einiger Zeit würden die scharfen Angriffe Wyschinskis von den Delegierten der UNO vergessen sein.

Anscheinend werden die Staatsmänner jeweils mit Beendigung des Sommers und zum Beginn des Herbstes besonders reizbar. Wie andere wäre es zu erklären, dass sich immer wieder zu diesen Jahreszeiten der politische Horizont verdunkelt.

Man muss bei der Beurteilung der Vorgänge in Flushing Meadow bedenken, dass viele der dort gehaltenen Reden für die Galerie bestimmt sind. Es ist dies eine Form bewusster Haltung, zu der sich die Beauftragten anscheinend verpflichtet fühlen, um in ihrer nationalen Presse das Echo zu hören, "na, denen hat er's aber tüchtig gegeben". Es ist zum Beispiel durchaus möglich, dass die Rede Wyschinskis zu einem bedeutenden Teil an Russland gerichtet war, um das russische Volk glauben zu machen, die USA bereiten einen Krieg vor. Dies aber könnte für Stalin die Begründung sein, um von den vereinten Slawen noch höhere Leistungen zu verlangen. Die Sowjetunion ist zu einem Kriege längst nicht fertig. 1950 wird man in Russland, sofern der jetzt laufende Fünfjahresplan restlos durchgeführt ist, etwa ein Drittel der Mengen an Kohle, Eisen und Stahl produzieren, die die USA bereits 1944 hervorbrachte.

Dies letztere ist allerdings ein starkes Argument jener Kräfte in den U.S.A., die einen Präventivkrieg für notwendig erachten, um "eine der beiden einander sich ausschliessenden Lebensphilosophien auszumerzen". Dennoch gibt es vernünftige Leute in ausreichender Zahl in Amerika, die wissen, dass der amerikanische Lebensstandard in einem Kriege für absehbare Zeit nicht beibehalten werden kann, wenn er überhaupt jemals zurückkehren würde. Es ist schliesslich eine mühselige Angelegenheit, für das zu kämpfen, was man bereits hat, und ein Sieg ist nicht immer mit mathematischer Genauigkeit vorauszuberechnen. Die Amerikaner sind jedoch vor allem Geschäftsleute, die nicht gern Abschlüsse mit allzu unklaren Inponderabilien tätigen.

Im Übrigen ist es sehr fraglich, ob sich die Vereinigten Staaten wegen des Halbmondes oder der Akropolis in einen Krieg einliessen - Deutschland aber steht heute nicht absolut im Brennpunkt der Weltereignisse.

Was die Londoner Konferenz anbetrifft, so ist Mac Neils Bemerkung nicht nur übertrieben, sie wird sich auch als falsch herausstellen. Sie ist geeignet, Depressionen und Lähmungen hervorzurufen und dürfte nicht höher als eine beschwörende Geste zu werten sein. In der letzten Vergangenheit gab es bereits eine Reihe von Konferenzen, die mit ähnlichen Belastungen dennoch zu weiteren Verhandlungen führten.

Es besteht die Möglichkeit, dass man nach London zu einem Separatfrieden schreiten wird, wie man einen separaten Industrieplan zustandegebracht hat, denn Potsdam ist tot - diesen Abmachungen weint heute niemand mehr eine Träne nach.

Es wird zuviel vom Krieg geredet, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass jene phantasievollen Gemüter, die für Glaubens- und Ideologie-Kämpfe empfänglich sind, zu wenig Phantasie besitzen, um sich vorzustellen, dass Krieg Dreck, Angst und Tod bedeutet. Nehmen wir an, dass es sich in Flushing Meadow eher um "tüchtige oratorische Leistungen" handelt - mehr darf es nicht sein. (m/38/269/1/ho)

Ende Oktober wird sich eine Abordnung der deutschen Sozialdemokratie auf Einladung der holländischen Arbeiterpartei nach Amsterdam begeben.

Die "PARTIJ VAN DE ARBEID"

Von Alfred Fossil, Amsterdam

(Wir geben nachstehend eine Darstellung der Entwicklung der holländischen Bruderpartei aus der Feder des Leiters der Holland-Vertretung der SPD, Alfred Fossil)

Im Interesse gedeihlicher internationaler Zusammenarbeit ist es wertvoll, wenn sich die Deutschen und insbesondere die Funktionäre der SPD ein Bild machen können über die Entwicklung^{en} und Zielsetzungen der sozialdemokratischen Parteien anderer Länder. Die holländische Bruderpartei ist im Februar 1946 durch Verschmelzung der ehemaligen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei (SDAP) mit kleineren demokratischen Gruppen, wie den Freisinnigen Demokraten, der Christlich-demokratischen Union, sowie von Personengruppen, die sich während der Besetzung des Landes durch die deutschen Truppen rund um die Widerstandsbewegung gesammelt hatten, entstanden. Aber diese Verschmelzung bedeutet mehr als nur einen organisatorischen Zusammenschluß: Sie ist der Durchbruch weitester Kreise des Niederländischen Volkes zum demokratischen Sozialismus.

Es würde den Rahmen unserer beabsichtigten kurzen Darstellung sprengen, wollte man näher auf die einzelnen Entwicklungsstadien der Vergangenheit eingehen. Jedenfalls wurde in der Vergangenheit die niederländische Sozialdemokratische Partei allmählich zur größten Oppositionspartei im Lande. Bei den ersten Wahlen nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes im Jahre 1917 stieg die Zahl der sozialdemokratischen Wähler von 144 361 auf 294 495. Die SDAP war in der Kammer nunmehr mit 22 Sitzen vertreten von insgesamt 100 Abgeordneten. Die Partei hat wiederholt nach dem ersten Weltkriege durch ihre berufenen Sprecher zum Ausdruck gebracht, daß einerseits die Losungen der Kommunistischen Internationale einen mitleidlosen Bruderkampf in der sozialistischen Arbeiterbewegung entfachten und andererseits die Sieger des ersten Weltkrieges die Entfaltung der deutschen Revolution verhinderten, was nach Ansicht der SDAP mit dazu beigetragen hatte, daß für Millionen Menschen der Sozialismus seinen Glanz verlor und viele sich nicht zu ihm wandten, andere einen anderen, nach ihrer Ansicht radikaleren und darum wie sie meinten besseren Weg gehen ließen.

Während des zweiten Weltkrieges hatte die SDAP ihren Kampf illegal unter der deutschen Besetzung fortgeführt. In den Gesprächen in der Illegalität war der Wunsch nach geistiger und materieller Erneuerung überall zum Ausdruck gekommen. Das politische Leben der Niederlande war beim Ausbruch des Krieges 1940 fast hoffnungslos verstarbt. Der Hang der Niederländer zum Sektierertum, die Zusammenfassung der Bevölkerung in einander bekämpfenden konfessionellen Parteien führte zu gefährlichen Folgen. Aber durch den Wunsch so vieler Niederländer innerhalb und außerhalb der SDAP kam es endlich zum Zusammenschluß von bisher nebeneinander bestehenden Gruppen zum gemeinsamen Kampf für den demokratischen Sozialismus. Die alte, neue Sozialdemokratie in den

Niederlanden fand sich in der "Partij van de Arbeid". Stark beeinflusst von der englischen Labour-Party, aber doch auch unter Übernahme wesentlicher Teile aus dem Grundsatz-Programm der SDAP vom Jahre 1937 gab sich die Partei der Arbeit ihr Programm im Jahre 1947.

Mit dem Worte Sozialismus ist so vieles in den letzten zwei Jahren belegt, daß es nicht wunder nehmen kann, wenn man auch in den Niederlanden von ethischen, dann wieder von progressiven, dann wieder von personalistischen Sozialisten sprach. Die Stellung der PvdA zum Marxismus ist vielleicht unstritten, jedoch keineswegs mehr als es in vielen anderen sozialistischen Parteien der Fall ist. In ihrem Programm sagt die Partei, daß ihr Ziel der demokratische Sozialismus ist und daß sie nicht nur die Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise bekämpft, sondern vielmehr den Kapitalismus selbst, die daraus entstehenden sozialen Verhältnisse und den Geist, der die kapitalistische Gesellschaft beherrscht. Sie erachtet den Kampf für soziale Gerechtigkeit unverbrüchlich verbunden mit der Demokratie.

Noch einiges über den Aufbau der Partei. Die Mitglieder sind organisiert in Ortsgruppen, Provinz-Verbänden, Landespartei. An der Spitze steht der Parteitag, der Parteirat und der Parteivorstand mit dem geschäftsführenden Vorstand. Das Sekretariat der PvdA befindet sich in Amsterdam. Die Kammerfraktion hat ihren eigenen Vorsitzenden und ein eigenes Sekretariat. Die Mitgliederzahl ist rasch gestiegen. Am Gründungstage, am 9. Februar 1946 betrug die Mitgliederzahl ca. 56 000 und am 31. Dezember 1946 bereits 114 500. Diese Zahl ist heute bereits weit überschritten. Innerhalb der Partei bestehen sogenannte Arbeitsgemeinschaften und zwar der Katholische Arbeits-Verband, der Protestantische Arbeits-Verband und das Sozialdemokratische Zentrum. Das Partei-Organ der PvdA "Het vrije Volk" ist das Blatt mit der größten Auflage in den Niederlanden. Außerdem erscheinen verschiedene Wochenblätter und Broschüren. Alle mit steigender Auflagenziffer.

In der internationalen sozialistischen Bewegung nimmt die PvdA an den Diskussionen regen Anteil und bekanntlich gab sie ihre Stimme für die Zulassung der SPD zur Internationale ab. Die Kammerfraktion der PvdA zählt 29 Abgeordnete, das sind 29 % der Sitze. Von den bei der letzten Wahl abgegebenen 5.374.854 Stimmen erhielt die Partij van de Arbeid 1.566.850 Stimmen. Die Regierungskoalition wird gebildet von der Katholischen Volkspartei und der Partij van de Arbeid, die in dieser Koalition mit vier Ministern vertreten ist. In der Annexionsfrage geht ein Riß durch die Meinungen der ganzen Nation und das ist auch bei der "Partij van de Arbeid" der Fall.

Bemüht man sich um die knappe Fixierung der grundsätzlichen Stellungnahme der "Partij van de Arbeid" zum Sozialismus, so gilt im Grundsatz: Der Marxismus ist nicht die ausschließliche Begründung des Sozialismus. Sie liegt sehr stark auch im Ethischen, und, je nach der Haltung des einzelnen, in der philosophischen Erkenntnis wie dem religiösen Empfinden und Bewußtsein. Schließlich! In keinem Fall sind Sozialismus und Demokratie von einander zu trennen.

Die SPD in den Ländern

In den innerpolitischen Diskussionen der letzten Wochen ist immer wieder von nicht sozialdemokratischer Seite die Frage aufgeworfen worden, wie weit es sich bei den Vorgängen im Wirtschaftsrat und in der bayerischen Regierung, das heißt also bei dem Übergang der SPD in die Opposition, um den Beginn einer Periode neuen taktischen Verfahrens dieser Partei handele und meist ist diese Frage ohne nähere sachliche Begründung bejaht worden.

Diese Auffassung entspricht, wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, nicht den Tatsachen. Weder die Ereignisse in Frankfurt, noch die in München können als Präzedenzfälle gewertet werden. Die Landtagsfraktionen der SPD ebenso wie die Fraktionen in irgend einem anderen Gremium sind in ihren Entscheidungen autonom. Daß diese Entscheidungen bei ähnlichen Anlässen und Zusammenhängen ähnlich ausfallen, liegt in der Natur der Sache und ist darin begründet, daß die innere Geschlossenheit der SPD nun einmal eine Tatsache ist - in unbestrittenem Gegensatz etwa zur Situation der ODU/OSU. Die Lage in Bayern ist gerade jetzt im Zeichen der nach außen so nachdrücklich unterstrichenen OSU-Einheit ein Musterbeispiel an Verfahrenheit und man wird wirklich gespannt darauf sein können, wie dieses Konglomerat christlich-sozialer Persönlichkeiten und Richtungen Unionspolitik treiben wird.

Wie die Dinge sich in den anderen Ländern der Bizone entwickeln werden, läßt sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Durchaus möglich ist jedenfalls, daß es in absehbarer Zeit in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erhebliche Schwierigkeiten geben wird, die im ersten Falle mit der ganz allgemein wenig erfreulichen Zusammenarbeit SPD und ODU, im anderen mit der konkreten Frage der Bodenreforma zusammenhängen. Auch ließe sich durchaus denken, daß sich in Niedersachsen bei den Beratungen des Verfassungsentwurfes Gegensätze auftun werden, die bisher noch immer einigermaßen ausgeglichen werden konnten.

Alles das aber sind Fragen, die in den Länderparlamenten selbst nach der jeweiligen Situation im betreffenden Lande entschieden werden müssen. Daß bei diesen Entscheidungen die jeweilige SED-Fraktion sich an die Grundsätze des Parteiprogramms halten wird, ist nur natürlich.

(m/269/1/hs)

Schöne Demokraten

H.K. Es gehörte schon in Weimar zur Charakteristik einer gewissen Sorte von Demokraten, daß ihnen nichts mehr am Herzen lag, als die Wahrung der angemessenen Rechte der Todfeinde der Demokratie. Es brauchte sich nur irgend ein Nazistrolch oder einer ihrer Vorläufer aus den Fememörderclubs zynisch auf seine demokratischen Rechte berufen und schon fand er Anwälte und Fürsprecher genug, die sich mit ihm auf den Standpunkt stellten, daß demokratische Rechte auch zur Bekämpfung der Demokratie beansprucht werden können.

Immerhin waren die bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik so ehrlich, daß sie ihr Bekenntnis zur Demokratie wesentlich einschränkten. Heute ist das bekanntlich anders. Alle Parteien stehen "vorbehaltslos" auf demokratischem Boden - schon wegen der Besatzungsmächte. Aber ihr Verhalten gegenüber den Feinden der Demokratie ist um kein Haar besser geworden.

In einer kürzlichen Sitzung des Zonenbeirates beantragten die Sozialdemokraten, daß alle Parteien im Zonenbeirat von der Militärregierung die Rückgängigmachung der Zulassung der sogenannten "Wikinger Jugend" fordern sollten. Die Gründe dafür lagen klar zutage. Bekanntlich hatte unter der Überschrift "Jugend rechts ran!" ein Herr von Thadden, seines Zeichens Geschäftsführer der Deutschen Rechts-Partei, zur Bildung einer antimarxistischen Jugend-Organisation aufgefordert - das gleiche also, was einmal die Begründer der Hitler-Jugend unternommen hatten. Um keinen Zweifel an den eigentlichen Zielen dieser Jugend-Organisation zu lassen, wurden gleichzeitig die Mitglieder der Deutschen Rechts-Partei aufgefordert, schwarz-weiß-rotes Fahmentuch, Tornister, Fahrtenmesser, Landknechtstremeln usw. zu spenden.

Die bürgerlichen Parteien lehnten den sozialdemokratischen Antrag mit der fadenscheinigen Begründung ab, daß man doch erst einmal genaue Untersuchungen über die "Wikinger Jugend" anstellen sollte. Die Militärregierung hat allerdings inzwischen die "Wikinger-Jugend" verboten.

Von sozialdemokratischer Seite wurde im Zonenbeirat darauf hingewiesen, daß sich diese Körperschaft durch das Verschulden der bürgerlichen Parteien eine gute Gelegenheit verschert hat, in einer innerdeutschen Angelegenheit deutlich ihre Meinung sagen zu können. Es wäre keine schlechte Legitimation gewesen, wenn man die Militärregierung deutscherseits gebeten hätte, den mit der vereitigten Zulassung begangenen offenkundigen Irrtum im Interesse der Sicherung der Demokratie zu korrigieren. Man hätte sich zugleich das Recht damit erworben, auch in anderen Angelegenheiten den deutschen Standpunkt nachdrücklich zu wahren.

Die Herren der Rechten und der sogenannten Mitte beklagen sich immer nur über die Bevormundungs- und Einmischungspolitik der Besatzungsmächte. Sie denken aber gar nicht daran, ihrer Nation, als deren Abgeordnete sie glauben, auftreten zu müssen, durch konsequente und entschlossene Haltung, die gerade in den Grundlagen der demokratischen Erneuerung Deutschlands notwendig ist, das Vertrauen der Welt wieder zu gewinnen und damit das Recht, in allen eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden zu können.

Wie sehr sich übrigens die Leute von der "Wikinger Jugend" bemühen, ihre Vorbilder zu erreichen, beweist folgender Brief des Herrn von Thadden, der im Original vorliegt:

A.v. Thadden
Göttingen
Lutzestr. 15

Göttingen, 30.7.1947

An Manfred Loyer, Hannover, Osterfeldstr. 23

Auf meinen Aufruf zur Gründung der "Wikinger Jugend" bekam ich aus allen Teilen Deutschlands eine große Menge begeisterter Zuschriften. Für diese Schreiben und Eure Zustimmung möchte ich Euch danken.

Leider ist die "Wikinger-Jugend" seit einiger Zeit wieder verboten worden. Wir dürfen deshalb nicht mehr weiter arbeiten. Aber eines kann ich doch tun! Nämlich Euch fragen, ob Ihr gewillt seid, mir beim Aufbau einer neuen Jugendorganisation zu helfen. Es kommt darauf an,

26.9.1947

daß wir der Besatzungsmacht zeigen, daß die Masse der deutschen Jugend nicht marxistisch ist. Wir sind nicht schwächer als die Roten! Sie sind jetzt in der Vorhand, durch ihre Presse, ihr Geld usw. Wir billigen jedem seine eigene Meinung zu, aber wir haben auch die unsere.

Im Augenblick ist es für mich wichtig, zu wissen, ob ich bei dem schon erwähnten Neuaufbau auf Eure Hilfe und Mitarbeit rechnen kann. Auf jeden kommt es an! Schreibt mir bitte bald. Ihr werdet dann von mir hören!

Euer

gez. Adolf v. Thadden

N.S. Dank für Deinen Brief. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Anliegendes als Unterlage für die Mundpropaganda."

Die erste Demokratie in Deutschland ging verloren, weil die Demokraten zögerten, den Feinden der Demokratie, die nach Lage der Verhältnisse Todfeinde ihres Volkes waren - viel schlimmere Feinde, als sie jemals von außen her Volk und Staat bedrohten - rechtzeitig das Handwerk zu legen. Man wird auf der Hut sein müssen vor dieser Art von pseudopatriotischen "Jugendführern", ehe es zu einer Wiederholung von Vorgängen kommt, wie sie die Ermordung von Erzberger und Rathenau waren.

-.-.-

Neuer Labour - Wahlsieg

Zum 20. Male seit den allgemeinen Wahlen im Spätsommer 1945 ist es jetzt der Labour Party gelungen, sich in einer Ersatzwahl zum Unterhaus erfolgreich zu behaupten. Das stellt einen neuen Rekord im parlamentarischen Leben Englands dar und zeugt für die treue Gefolgschaft, die die englischen Wähler der Labour Party halten. Bei der Nachwahl in West Islington setzte sich der Labour-Kandidat Evans mit einer Mehrheit von 4676 Stimmen gegen den Kandidaten der Konservativen, Tom Howard, durch, obwohl diesmal selbst Winston Churchill zur Unterstützung des konservativen Kandidaten beim Wahlkampf herangezogen worden war. Der liberale Kandidat Malindine blieb mit 2459 Stimmen weit abgeschlagen.

(m/B65/269/1/hs)

-.-.-

Wird Sir Sholto Douglas Politiker?

Der konservative "Daily Telegraph" meldet, daß Luftmarschall Sir Sholto Douglas, der bisherige Militärbefehlshaber der britischen Zone, sich wahrscheinlich der politischen Laufbahn widmen werde. Vorerst dürfte er einen zwei- bis dreimonatigen Urlaub antreten, den er braucht, da ihn sein Amt sehr aufgerieben habe. Wenn Sir Sholto Douglas sich um einen Sitz im Parlament bemühen sollte, so geschähe dies, so erklärt der "Daily Telegraph", als Sozialist.

(m/B65/269/1/hs)

-.-.-

Glosse

Aus gegebenem Anlaß ...

Sosben hat ein amerikanisches Gericht festgestellt, daß der Kaiser von Japan an dem Kriege unschuldig gewesen sei. Ein Nomineller mehr!

Die Überführung der Entnazifizierung auf deutsche Instanzen und ordentliche deutsche Gerichte gerät allem Anschein nach mal wieder ins Stocken. Die Militärregierung möchte doch das letzte Wort behalten, vor allem aber keine Nachbeurteilung der Fälle zulassen, die sie selbst irgendwie recht und schlecht entschieden hat. Also es geht mal wieder um das Verfahren. Verfahren hin, Verfahren her - die Sache ist an sich schon verfahren genug. Und wenn nun die Zuständigkeiten nicht eindeutig an deutsche Stellen gegeben werden, dann bekommen wir Zustände, bei denen sowohl die Betroffenen als auch die Führenden die Zustände bekommen.

Jakob Burkhardt, sicher unverdächtig, Pg gewesen zu sein, sagt in seinen weltgeschichtlichen Beurteilungen: "Es wäre ein unerträglicher Anblick, wenn infolge konsequenter Belohnung des Guten und Bestrafung des Bösen hienieden die Bösen aus Zweckmäßigkeit alle anfangen, sich gut aufzuführen (gewissermaßen zu "nominellisieren"). Denn unvermeidlich vorhanden und innerlich böse wären sie ja doch. Man könnte in die Stimmung kommen, den Himmel wieder um eine Strafflosigkeit der Bösen der Erde zu bitten, nur damit dieselben wenigstens ihre wahren Züge wieder an den Tag legten. Es ist schon so Verstellung genug in der Welt!" Wenn man auch nicht allzu besorgt zu sein braucht, daß etwa die Konsequenz bei der Heranziehung der wirklich "Bösen" allzu groß werden könnte, so ist die Gefahr der "nominellen Verstellung" doch recht groß.

Und was ist gewonnen, wenn eine weitere Trennungslinie durch das deutsche Volk gezogen wird? Grenzen haben wir genug. Konfessionelle Grenzen, Parteigrenzen, Bezirksgrenzen, Ländergrenzen, Zonengrenzen. **G r e n z e n l o s** ist lediglich das Elend und das Mißtrauen, das aus dieser Entnazifizierungsprobleme schon erwachsen ist. Ein demokratischer Staat braucht aber Vertrauen und Aufrichtigkeit. Hier fallen mir einige Reime wieder ein, die vor vielen Jahren entstanden. Sie lauten: "Damit er das ewige Hell wohl erreichte,
log so mancher schon bei der Chrenbeichte.

Da die Folgen jedoch schon in Diesseits gezogen,
wird noch wesentlich mehr und auch frecher gelogen,
beim Ausfüllen jeglicher Fragebogen."

So züchtet man durch Druck an der verkehrten Stelle aus braunen Wölfen weiße Schafe - Nominelle. (b/B10/269/1/ha)

Verantwortlich: Peter Raunau